

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 55 (1961)
Heft: 7-8

Artikel: Der Britische Völkerverband (Commonwealth)
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-140587>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 03.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

lauben, uns zuzustimmen und China, in Krisen, die wir auch im günstigsten Fall erwarten müssen, zurückzuhalten.

Der Übergang zu seiner vernünftigeren Chinapolitik wird eine der schwersten Aufgaben sein, die die USA je unternommen haben. Sie wird bei uns durch viele irrationale Regungen erschwert, die zum großen Teil auf einen Umstand zurückzuführen sind: Wir sind weder als Nation noch als Individuen zuzugeben gewillt, daß es Kräfte gibt, die wir nicht unserem Willen unterordnen können. Im Falle China reagieren wir dadurch, daß wir «Verrat» schreien oder aber durch Wunschdenken, indem wir offiziell die Existenz Chinas bestreiten.

Es wird uns also schwer genug fallen, in dieser Umstellung mit uns selbst fertig zu werden; die Hauptschwierigkeiten werden jedoch von China beigesteuert werden. Die Entwicklung Chinas zum modernen Industriestaat wird von seiner Bevölkerung so ungeheure Opfer verlangen, daß sie nur unter der «Bedrohung» durch die fremden Teufel erzwungen werden können. Bis jetzt haben wir diese Rolle ganz aus freien Stücken gespielt. Sehr wahrscheinlich wird es den chinesischen Führern schlecht ins Konzept passen, wenn wir sie aufzugeben wünschen, sie werden uns unter Umständen sogar zu provozieren versuchen, sie wieder zu übernehmen. Bezeichnend ist zum Beispiel die in letzter Zeit beobachtete geringe Neigung Chinas, sich der UNO anzuschließen oder sich mit den USA über Formosa zu verständigen!

Es wird also unsererseits ein Maximum an politischer Weisheit und Geduld erforderlich sein, wenn wir zu einem vernünftigen Verhältnis zu China gelangen sollen. Dieses Ziel dürfen wir nicht aus den Augen verlieren, wie sehr auch unsere politische Reife und unser Verantwortungsgefühl auf die Probe gestellt werden mögen. Wenn uns unsere Aufgabe schwerfällt, gilt es zu bedenken: *Es gibt für uns keine annehmbare Alternative — es muß gelingen.* *Red.*

Der Britische Völkerverband (Commonwealth)

mit den Ministerpräsidenten:

Harold Macmillan (Großbritannien)	R. G. Menzies (Australien)
John Diefenbaker (Kanada)	K. J. Holyoake (Neuseeland)
H. E. Verwoerd (Südafrika)	Jawaharlal Nehru (Indien)
Mohammed Ayub Khan (Pakistan)	Mrs. S. Bandaranaike (Ceylon)
Kwame Nkrumah (Ghana)	Tunku Abdul Rahman (Malaya)
Erzbischof Makarios (Zypern)	Sir Abubakar Tafawa Balewa
Sir Roy Welensky	(Nigerien)
(Zentralafrikanische Föderation)	

nimmt Stellung zur wichtigsten Frage der Gegenwart. Er fordert allgemeine und vollständige Abrüstung.

An ihrer kürzlich durchgeführten Konferenz gaben die Ministerpräsidenten des Commonwealth die *einstimmig* gefaßte Erklärung ab, daß angesichts des Blutvergießens und der Zerstörungen in sogenannten konventionellen Kriegen und angesichts der Schwierigkeit, zu verhindern, daß ein «konventioneller Krieg» sich zu einem Nuklearkrieg auswachse, ihr Ziel «in nichts weniger als der Abschaffung der Kriegsrüstungen jeder Art bestehen könne». Die Ministerpräsidenten erinnern an den Beschluß über allgemeine und vollständige Abrüstung, der an der 14. Session der UNO-Generalversammlung gefaßt wurde und betonten nachdrücklich, daß Abrüstung «die wichtigste Frage ist, vor die die Welt sich heute gestellt sieht».

Aus diesem Grund verlangten die Premierminister in ihrer Verlautbarung vom 17. März 1961 *einstimmig* weitere Verhandlungen bis zum Abschluß eines Abkommens folgender Art:

1. Das Ziel muß sein: Die totale, weltumfassende Abrüstung unter wirksamer Inspektion und Kontrolle.

2. Angesichts des Blutvergießens und der Zerstörungen, die wir in sogenannten «konventionellen» Kriegen durchmachten, und der Schwierigkeit, die besteht, einen konventionellen Krieg, wenn er einmal begonnen hat, am Übergehen in einen Nuklearkrieg zu hindern, müssen wir unsere Aufgabe in nichts Geringerem als der vollständigen Abschaffung jeder, wie immer gearteter Kriegsmittel sehen.

Grundsätze

3. Ein Abkommen zu diesem Zweck muß sobald wie möglich auf Grund nachstehender Prinzipien erreicht werden.

a) Alle nationalen Militärkräfte und Kriegsmaterialien müssen auf einen Stand reduziert werden, der nach allgemeinem Dafürhalten für die innere Sicherheit notwendig ist.

b) Einmal begonnen, soll die Abrüstung ohne Unterbruch weitergeführt werden, bis sie beendet ist, wobei in vorgesehenen Stufen eine Nachprüfung festzustellen hat, ob alle Kontrahenten den übernommenen Verpflichtungen getreulich nachgekommen sind.

c) Die Beseitigung nuklearer und konventioneller Waffen muß so organisiert (phased) werden, daß kein Staat und keine Staatengruppe zu irgendeinem Zeitpunkt einen bedeutenden militärischen Vorteil gegenüber anderen Staaten besitzt.

d) In bezug auf jede Abrüstungsstufe soll nach Übereinkommen jenes wirksame Inspektionsorgan geschaffen werden, das gleichzeitig mit der Abrüstungsstufe, auf die es sich bezieht, in Funktion tritt.

e) Die Abrüstung soll so schnell wie möglich, progressiv und innerhalb vereinbarter Zeiträume erfolgen.

f) Im geeigneten Zeitpunkt soll ein bedeutendes und genügend bewaffnetes militärisches Korps aufgestellt werden, um jede Aggression zu verhüten und die Befolgung des Abrüstungsabkommens zu garan-

tieren. Zugleich soll in Verbindung mit der UNO eine internationale Behörde ins Leben gerufen werden, die dieses militärische Instrument überwacht und dafür sorgt, daß es nicht für Zwecke eingesetzt wird, die nicht mit der Charta der UNO zu vereinbaren sind.

4. Auf Grund vorstehender Prinzipien sollte es bei beidseitigem gutem Willen möglich sein, in bezug auf vorliegende Pläne bestehende Differenzen auszugleichen.

Verhandlungen

5. Die militärischen Großmächte sollten ohne Verzug direkte Verhandlungen aufnehmen — immer in Verbindung mit der UNO, die nach der Charta für die Abrüstung verantwortlich ist. Da der Friede das Anliegen der ganzen Welt ist, sollten auch andere Nationen in die Verhandlungen einbezogen werden, sei es direkt oder durch eine von der UNO zu bildende Spezialorganisation, oder auf beiden Wegen.

6. Neben den politischen Verhandlungen sollten Fachleute damit beginnen, die Einzelheiten der Inspektionssysteme auszuarbeiten, die die Vorschriften punkto Abrüstung für jede Stufe festzusetzen haben, nach der Methode, die von der Genfer Nukleartestkonferenz praktiziert wird.

7. Es muß alles getan werden, um bald ein von allen Nationen akzeptiertes Abkommen über ein dauerndes Verbot der Nuklearwaffentests zu sichern, wie den Apparat zur Kontrolle der Befolgung des Verbots. Ein solches Abkommen ist dringend notwendig, da sonst weitere Länder zu Nuklearmächten werden, was die Kriegsgefahr erhöhen und das Problem der Abrüstung noch schwieriger machen würde. Überdies würde ein Abkommen über Nuklearversuche, abgesehen von seinen direkten Vorteilen, einen mächtigen psychologischen Antrieb für Vereinbarungen auf dem ganzen Gebiet der Abrüstung liefern.

8. Abrüstung ohne Inspektion wäre ebenso unannehmbar wie Inspektion ohne Abrüstung. Abrüstung und Inspektion sind integrierende Teile der selben Frage und müssen in einem Zuge geplant werden; beide müssen so vollständig und wirksam sein wie es menschlich möglich ist. Zwar muß man einsehen, daß keine 100prozentige Garantie gegen Irrtum oder Hinterlist gegeben werden kann. Dennoch müssen wir das Risiko, das die Abrüstung birgt, dem Risiko gegenüber abwägen, das in einem weiteren Wettrüsten liegt.

9. Man kann sich fragen, ob das Wettrüsten die Ursache oder die Folge des Mißtrauens unter den Nationen ist. Sicher ist jedoch, daß die Probleme Abrüstung und internationales Vertrauen eng zusammenhängen. Alle Nationen müssen darum neben ihren Bemühungen um die Abschaffung der Kriegsmittel ihr Bestes tun, um andere Ursachen von Reibung und Verdacht aus der Welt zu schaffen.

*

In seinen einführenden Worten zu dem Vierergespräch über die Abrüstung, das am 10. Juli 1961 vom Studio Basel über Beromünster gesendet wurde, faßt Noel-Baker die Resolution der Premiers zusammen und schließt:

«Seien Sie sich bewußt: das hat nichts mit public relations oder mit psychologischer Kriegführung zu tun. Diefenbaker, Nehru, Ayub Khan und Menzies hätten dieses Communiqué niemals angenommen, wenn so etwas dahinter stünde.

Und seien Sie sich ferner bewußt: das Commonwealth ist noch immer eine sehr große Macht in der Weltpolitik. *Und diese Erklärung kann von entscheidender Bedeutung sein für die Weltgeschichte.*»

*

Ist es ein Zufall, daß unsere Presse diese wichtige Erklärung der Premierminister eines Völkerverbandes, der immerhin 650 Millionen umfaßt (das heißt mehr als die Einwohner der USA und der Sowjetunion zusammen), beinahe vollständig verschwieg? Die führenden Zeitungen Großbritanniens jedenfalls gaben dem Manifest den Platz, den es verdient. Der «Guardian», das bestbekannte liberale Blatt, wies darauf hin, daß diese Erklärung, auf die sich Vertreter der verschiedensten nationalen Interessen geeinigt hatten, besser als jedes frühere Dokument die Forderungen aus Ost und West — das Ziel vollständiger Abrüstung wie die Notwendigkeit adäquater Kontrolle — in sich vereinige.

Philip Noel-Baker, M.P., Nobelpreisträger, der in seiner Rede vor dem Unterhaus am 18. Mai dieses Jahres auf die Erklärung Bezug nahm, zitierte die Worte Kennedys: «Nicht Laos oder Kuba bilden den historischen Wendepunkt, sondern die Nuklearkraft.» Die Premierminister machten sich frei von dem leichtfertigen Geschwätz von «Teilmaßnahmen» in der Kriegsbeschränkung und der «Rüstungskontrolle», mit welchem man uns in den letzten Jahren in den Ohren lag. Sie erklären offen, daß wir uns keinerlei Krieg mehr gestatten können, werde er als begrenzt oder peripher bezeichnet oder, wie man jetzt so viel hört, «nur mit taktischen Nuklearwaffen» geführt. Sie verlangen kurz und bündig das Ende aller Kriege durch die Abschaffung nationaler Rüstung und drängen darauf, daß ein Abkommen über vollständige und allgemeine Abrüstung in kürzester Frist in Angriff genommen werde.

Nach Mitteilung von Herman Kahn, dem Leiter der Rand Corporation, des wichtigsten amerikanischen Forschungszentrums für militärische Planung, ist in den nächsten vier Jahren eine neue revolutionäre Entwicklung in den Waffen und der gesamten Kriegsmaschinerie zu erwarten. Wird die Regierung nicht auf das Jahr 1955 zurückblicken, fragt Noel-Baker, als es noch keine interkontinentalen Lenkgeschosse mit Wasserstoffsprengköpfen gab, und sich überlegen, wie

viel leichter es damals gewesen wäre, zu einem Abrüstungsvertrag zu gelangen?

Wohl ist die Erklärung der Premiers ein Ereignis erster Ordnung — und doch sind es vorerst nur Worte auf Papier, wie Noel-Baker sagt. Noch wird weiter gerüstet und geplant auf 6 oder 10 Jahre hinaus. Wann wird etwas *getan*, was uns die Katastrophe erspart?

Noch einmal — warum haben wir nicht zu Gesicht bekommen, was die Premiers des Britischen Commonwealth beschlossen? War es, weil sie in der notwendigen Ganzheit der Konzeption mit den Sowjets übereinstimmten, weil die Briten die innere Freiheit haben, sich in dem, was vernünftig ist, das heißt nicht nur Rüstungskontrolle, sondern Abrüstung — zu ihr zu bekennen?*

Red.

Zunehmende Radioaktivität — zunehmende Knochenmarkschäden

Die «Wiener Klinische Wochenschrift» veröffentlichte eine Untersuchung über die Zahl der weißen Blutkörperchen des Menschen im Zeitalter der Atomversuche. Das Ergebnis dieser Untersuchungen, die die Zeit 1949 bis 1959 umfassen, zeigt eine stetige Abnahme der Zahl der weißen Blutkörperchen um 20 bis 25 Prozent. Da die weißen Blutkörperchen im Knochenmark gebildet werden, muß daraus auf eine Schädigung desselben geschlossen werden. Der Ort dieser Untersuchungen war Taiti, und die Abnahme der Leukozyten (weißen Blutkörperchen) ging auffallend parallel mit einer zunehmenden Menge der Radioaktivität. Ähnliche Ergebnisse zeitigten Untersuchungen des Personals von amerikanischen Röntgeninstituten, das von Berufs wegen einer erheblichen Bestrahlung mit ionisierenden Strahlen ausgesetzt ist. (Bei den Negern ist die Beeinflussung der Leukozytenzahl eindeutig noch größer als bei den Weißen.) Dieser beunruhigende biologische Sachverhalt erhält besonderes Gewicht durch die Tatsache, daß sich die Radioaktivität von den bisherigen Atombombenversuchen erst 1962 bis 1965 voll ausgewirkt haben wird — vorausgesetzt, daß jetzt nicht wieder mit neuen Versuchen begonnen wird.

Diese Mitteilung ist angesichts der Tendenz in den Vereinigten Staaten von Wichtigkeit, die Atombombenversuche wieder aufzunehmen und damit den bestehenden Zustand aufzuheben, der ohne Verhandlungen und ohne Abkommen zustande gekommen ist und bis heute gehalten werden konnte.

Mitteilung des Schweizerischen Friedensrates

* Dieser Artikel ist als Sonderdruck erschienen und kann bei der Administration der «Neuen Wege», Manessestraße 8, zum Preise von 10 Rp. pro Exemplar bezogen werden.